



Bauwirtschaft blickt mit leichtem Optimismus in die Zukunft

Köln, den 20. Juni 2008

ZVDH-Präsident Karl-Heinz Schneider hat in seiner Funktion als Vorsitzender der Bundesvereinigung Bauwirtschaft am 16. Juni in Berlin anlässlich eines Pressegesprächs über die aktuelle Situation in der Bauwirtschaft berichtet. Die BVB vertritt die Interessen von rund 300.000 Betrieben mit 2,7 Millionen Beschäftigten.

„Wir gehen von einem geringfügigen Zuwachs bei den Beschäftigten auf 2,73 Mio. Personen und einer Zunahme des Umsatzes um 2,1 % auf 180 Mrd. € in der Summe aller Mitgliedsverbände der Bundesvereinigung Bauwirtschaft aus“, berichtete Karl-Heinz Schneider.

Allein den Wohnungsneubau betrachtet Schneider mit Sorge: „Denn die Baugenehmigungen für neue Wohngebäude sind 2007 förmlich eingebrochen. Auf diesem niedrigen Niveau bewegten sich auch die Genehmigungszahlen der ersten beiden Monate in 2008. „Bei den Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 13.764 Wohnungen genehmigt. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Zunahme um 402 Wohnungen bzw. ein Zuwachs von 3 %. Im mehrgeschossigen Wohnungsbau wurden 9.073 Wohnungen genehmigt, das sind 176 Wohneinheiten mehr als vor einem Jahr. „Eine Erholung im Wohnungsneubau leitet sich daraus jedoch nicht ab, höchstens eine Stabilisierung auf einem zu niedrigen Niveau,“ so Schneider. Maßgeblichen Anteil an den Wohnungsbauleistungen haben aber nach wie vor die Bestandsmaßnahmen. Knapp 60 % der Bestandsmaßnahmen dienen der Instandhaltung und etwa 40 % der

Modernisierung der Wohngebäude. Energetische Verbesserungen der Gebäudesubstanz sind dabei von besonderem Gewicht. Schneider unterstützt die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung ausdrücklich, appellierte aber an die Politik, dabei Augenmaß zu beweisen. „Technisch ist heute vieles möglich, allerdings kann der dabei entstehende Aufwand die Kostenbelastung des Wohnungseigentümers in eine nicht tragbare Größenordnung wachsen lassen.“

Bei der CO₂-Gebäudesanierung wurden 2006 und 2007 ca. 400.000 Wohnungen saniert. Bleibt es bei diesem Tempo, würde es angesichts der annähernd 40 Mio. Wohnungseinheiten in Deutschland allerdings fast 200 Jahre dauern, bis diese energetisch modernisiert wären. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen forderte in der vergangenen Woche 10 Mrd. Euro Fördergelder, um den Wohnungsbestand in den kommenden 20 Jahren zu sanieren. Vor diesem Hintergrund forderte Schneider, endlich einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Dienstleistungen einzuführen; denn insbesondere die privaten Eigentümer bräuchten Impulse, die notwendigen Arbeiten in Auftrag zu geben. Schneider warf der Bundesregierung in diesem Zusammenhang Ignoranz vor: „Durch die Verweigerung der Einführung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf arbeitsintensive Bauleistungen ab 2010 verzichtet Deutschland auf die Schaffung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen.“ Darüber hinaus forderte Schneider eine Änderung des Mietrechts, da derzeit die Umlegung bzw. Verrechnung des Modernisierungsaufwandes auf die Mieter nur sehr eingeschränkt möglich ist. Einsparungen bei den Heizkosten können nicht mit der Kaltmiete verrechnet werden.